



öffentlich

Betreff:

Kleingartenanlage "Hans-Sachs" in Potsdam-West

Einreicher: Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam,
Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum: 22.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, geeignete planungsrechtliche Maßnahmen mit dem Ziel der dauerhaften Sicherung der gärtnerischen Nutzung der Kleingartenanlage „Hans-Sachs“ in Potsdam-West zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2023 über die Ergebnisse zu berichten.

Gez. Dr. S. Zalfen

Gez. Dr. S. Müller

Gez. S. Hüneke

Gez. Dr. H. Wegewitz

Gez. S. Wollenberg

Gez. Dr. G. Zöller

Fraktionsvorsitzende
SPD

Fraktionsvorsitzende
Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Erfahrungen in anderen Bereichen der Landeshauptstadt haben in der Vergangenheit gezeigt, dass es angezeigt sein kann, unabhängig von einer bau – und zivilrechtlichen Bewertung, die Instrumente der Bauleitplanung dahingehend anzuwenden, eine gärtnerische Nutzung durch die Pachtenden langfristig zu sichern. Die Entscheidung darüber ist regelmäßig vom Einzelfall und den örtlichen Bedingungen abhängig und erfordert ein sorgfältig abgestimmtes Handeln. Die entsprechenden Optionen für die Kleingartenanlage „Hans-Sachs“ zu ermitteln und abzuwägen, ist Zielstellung dieses Antrages.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung